

mittendrin

Ausgabe 03 / 2012
Information des
Bezirksverbandes
und der BVV-Fraktion
DIE LINKE Berlin-Mitte

Der beste Schutz der Verfassung: Geheimdienste auflösen – Demokratie stärken!

»Es nützt gar nichts [...], wenn die Ämter immer nur nach links sehen und glauben, da geschehe etwas, während sie nach rechts zu sehen nicht vermögen oder wagen und infolgedessen nicht merken, daß auch dort etwas geschieht.«¹

Dieses Zitat des SPD-Bundestagabgeordneten Dr. Otto Heinrich Greve stammt mitnichten aus der jüngsten Debatte um das Versagen des Verfassungsschutzes bei der Bekämpfung rechten Terrors und auch nicht aus der Bundestagsdebatte anlässlich des Bekanntwerdens der geheimdienstlichen Überwachung von Abgeordneten der LINKEN. Es stammt bereits aus der Bundestagsdebatte zum »Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes«. Als das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) auf Grundlage dieses Gesetzes am 7. November 1950 gegründet wurde, war die Maschinerie des Kalten Krieges bereits angelaufen. Sowohl die US-Army, als auch die unter Aufsicht der Britischen Besatzungsbehörden stehende Landesregierung in NRW rüsteten massiv nach innen auf. Dass man sich dabei in den ersten Jahrzehnten im Wesentlichen der Mitarbeit von ehemaligen Nazis und Angehörigen von Wehrmacht, SS, SD und Gestapo, bediente, verwundert kaum. Der Feind stand links und dies bestimmte die Blickrichtung der deutschen Verfassungsschutzämter bis zum Ende der alten BRD. Alle, die im Verdacht standen, Moskaus »5. Kolonne« zu bilden, gerieten ins Visier der Schlapphüte: die frühe Friedensbewegung, die

Kampagne gegen die Wiederbewaffnung, die KPD und nach ihrem Verbot 1956 all jene, die verdächtigt wurden, die Partei weiter zu führen. Auch die Regelanfrage für BewerberInnen in den öffentlichen Dienst (1972) galt den Linken, die vom »Marsch durch die Institutionen« abgehalten werden sollten. Und noch in den 80ern waren die Ämter mit der Ausforschung von Wohngemeinschaften und Bürgerinitiativen beschäftigt.

Insofern überraschte es auch nicht wirklich, als unlängst bekannt wurde, dass das BfV, aber auch BND und MAD, Akten über die Abgeordneten der LINKEN in Bund und Ländern angelegt haben. Bundesinnenminister und Bundesregierung, die das Ende des Kalten Krieges offenbar nicht mitbekommen haben, benutzen nach wie vor gezielt ihren Geheimdienst zur Stigmatisierung und Diffamierung mit dem Ziel der Schwächung des politischen Gegners. Die Beziehung zwischen Abgeordneten, der Partei und ihren Wählerinnen und Wählern soll gestört und verunsichert werden. Bei der antidemokratischen Verfolgung der Opposition macht die Regierung sogar vor denjenigen nicht Halt, die in den entsprechenden parlamentarischen Gremien ausdrücklich die Geheimdienste und ihre Haushalte kontrollieren sollen.

»Die geheimdienstliche »Beobachtung von Abgeordneten birgt erhebliche Gefahr im Hinblick auf ihre Unabhängigkeit (Art. 38 Abs.1 Satz 2 GG) und auf die Mitwirkung der betroffenen Parteien bei der politischen Willensbildung (Art 21 GG) und damit für den Prozess



Jan Korte ist Mitglied des Innenausschusses des Bundestages

demokratischer Willensbildung insgesamt« – So urteilte das Bundesverfassungsgericht im Sommer 2009. In voller Kenntnis dieses Urteils gefährden Innenminister in Bund und Ländern und die Regierungen den politischen Willensbildungsprozess. Nähme das Bundesverfassungsgericht sich und seine Einschätzung ernst, müsste es die Beobachtung sofort untersagen. Ein Fünkchen Hoffnung bleibt, dass die jetzt anstehenden Urteile des Verfassungsgerichts mehr demokratischen Geist atmen als das Regierungslager und ihre Geheimdienste. Aber selbst wenn dies so kommen sollte, wäre das grundsätzliche Problem eines nichtkontrollierbaren Geheimdienstes nicht behoben. Systematisch hilft gegen den Geburtsfehler der Dienste nicht der Versuch einer besseren Kontrolle, sondern nur deren Abschaffung.

Jan Korte, Mitglied im Vorstand der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Basistreffen in Mitte

Der Beste Schutz der Verfassung: Geheimdienste auflösen – Demokratie stärken!

Mit Jan Korte, Mitglied im Vorstand der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag
Mittwoch, 21. März, 19 Uhr, Rosa-Luxemburg-Saal im Karl-Liebknecht-Haus

DIE LINKE.

Bezirksverband Mitte

Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin
Tel.: 030 / 240 09-336, Fax -337
Mo. bis Mi. 9–16.30 Uhr,
Do. bis 19 Uhr, Fr. bis 14.30 Uhr

Ergebnisse der BVV

► **Anfragen u.a.:**

• Welche Auswirkungen hat die »Vorläufige Haushaltswirtschaft« bisher für den Bezirk bzw. welche Auswirkungen sind bereits absehbar? Inwiefern sind Angebotsstrukturen für Bürgerinnen und Bürger davon betroffen? Welche Auswirkungen wird eine länger andauernde »Vorläufige Haushaltswirtschaft« auf Zuwendungsempfänger haben?

DIE LINKE (0149/IV)

• Welche Kenntnisse hat das Bezirksamt über das Ausmaß der Wohnungslosigkeit in Mitte? Wie verschafft sich das Bezirksamt den Überblick über das Ausmaß der Wohnungslosigkeit im Bezirk? Wie verläuft und gestaltet sich die quantitative und qualitative Entwicklung der Wohnungslosigkeit in Mitte? Wie begegnet das Bezirksamt der Wohnungslosigkeit im Bezirk. *DIE LINKE (0153/IV)*

► **Beschlossen u.a.:**

• Das Bezirksamt wird ersucht, die Märchenhütten im Monbijoupark auch weiterhin als temporäre Zwischennutzung zu dulden, sowie die Nutzung der Freiflächen durch das Amphitheater mit seinem Spiel- und Gastronomiebetrieb im Sommerhalbjahr wie bisher zu ermöglichen. Das Bezirksamt möge die temporäre Zwischennutzung solange gestatten, solange die gegenwärtigen Rahmenbedingungen sind wie sie sind und es keine Notwendigkeit für die Beseitigung des Amphitheaters und der Märchenhütten gibt. Das Bezirksamt wird ersucht, die Betreiber in die Planung und Umsetzung eines Rahmenkonzeptes für Kultur im Monbijoupark einzubeziehen und frühzeitig über bevorstehende Verfahrensschritte und Duldungshemmnisse zu informieren. Gemeinsam mit den Betreibern des Hexenkesselhoftheaters und der Märchenhütte sind Mittel und Wege zu finden, die ein Höchstmaß an Parkverträglichkeit gewährleisten. Die Übernahme von Parkpflegediensten und die Bereitstellung einer öffentlichen Toilette im Park soll Voraussetzung sein für die Duldung und den Spielbetrieb. *DIE LINKE (0165/IV)*

• Die BVV unterstützt die Initiative des Bezirksamtes, sich gegenüber dem Eigentümer der »Arkona Höfe« dafür einzusetzen, dass die Jugend- und Kultureinrichtung »Kirche von unten« die von ihr genutzten Räume weiter nutzen kann und es eine langfristige Sicherung dieses Standortes gibt. *Grüne, LINKE, SPD, CDU (0167/IV)*

Bericht aus der BVV

Mitte ist Bummelletzter bei der Haushaltsaufstellung

Die Situation in der Bezirksverordnetenversammlung wirkte etwas schräg. Üblicherweise ist das Bezirksamt daran interessiert, Haushaltsplanberatungen zügig abzuwickeln, um Klarheit über die finanziellen Grundlagen zu haben und die Handlungsfähigkeit des Amtes sicher zu stellen.

In Mitte sieht das anders aus. Fünf Monate nach der Wahl gibt es noch nicht einmal Eckwerte der Finanzplanung geschweige einen Haushaltsplanentwurf. Und so fragten Grüne und DIE LINKE, warum das SPD- und CDU geführte Bezirksamt so säumig ist und welche Folgen sich daraus für den Bezirk ergeben. Denn folgenlos wird es nicht bleiben, wenn – wie in der Zeitplanung des BA vorgesehen – der Haushaltsplan erst im August verabschiedet werden soll. Gesetzter Abgabetermin an das Abgeordnetenhaus ist Ende März und die Mehrheit der Bezirke wird diesen einhalten. Wird die Senatsverwaltung für Finanzen das tolerieren? Vor allem aber, was bedeutet es für die politische Handlungsfähigkeit, wenn der Bezirk erst im September aus den Restriktionen der vorläufigen Haushaltswirtschaft entlassen

wird? Der Bezirk darf keine neuen Maßnahmen beginnen oder diesbezügliche Verpflichtungen eingehen. Investive Bauvorhaben z.B. in Schulen, Kitas oder für Spielplätze müssen weiter verschoben werden, eventuelle Drittmittel können verloren gehen, Einsparchancen durch Umzüge und Umbauten in Bürogebäuden sind nicht zu realisieren. Beim Personal sind negative Auswirkungen absehbar, denn Einstellungen, Umstrukturierungen oder Abschlüsse von Honorarverträgen z.B. im Jugendbereich unterliegen der Restriktion. Auch in der Angebotsstruktur für die Bürger unseres Bezirkes drohen Einschnitte. Was wird mit den Ferienmaßnahmen der Jugendförderung, mit der Betreuung von Kinderplanschen im Sommer, der Finanzierung neuer Medien für die Bibliotheken, von Ausstellungen in Kultureinrichtungen oder von Veranstaltungen der Seniorenbetreuung. Der Bezirk müsste dafür immer Ausnahmegenehmigungen beantragen. Mittes Finanzsituation ist ohnehin prekär und die Aufstellung eines Haushaltes schwierig. Nur ein Aussitzen der Probleme – wie es beim Bezirksamt scheint – ist keine Lösung.

Elke Reuter

Viel zu tun im Jugendhilfeausschuss

Am 9. Februar traf sich der Jugendhilfeausschuss des Bezirkes Mitte – kurz JHA genannt – zum zweiten Mal in dieser Wahlperiode.

Zu Beginn der Sitzung wurde zunächst der Ausschuss selbst komplettiert: Er besteht nämlich nach dem Bundesgesetz aus 9 Bezirksverordneten und 5 Bürgerdeputierten, die aus dem Jugendbereich kommen, sowie weiteren beratenden Mitgliedern aus der Jugendhilfe. Bei den zuletzt eingegangenen Bewerbungen, bei denen es um Erfahrungen bei der Arbeit mit MigrantInnen und um Erfahrungen bei der Jungenarbeit ging, war die Wahl schnell getroffen. Besonders erfreulich war aber die Bewerbung eines sehr jungen Mannes, der den Ausschuss zukünftig beraten wird als eine „in der Lebenswelt junger Menschen“ erfahrene Person. Ich freue mich schon auf die Anregungen, die wir hier bekommen werden! Neben einigen anderen Themen gibt es in der Sitzung noch einen richtigen Konflikt: Die Verwaltung des Jugendamtes hat

einem Bebauungsplanentwurf zugestimmt, der vorsieht, einen Teil des Abenteuerspielplatzes Telux als Kitafläche einzuplanen. Ginge dieser Plan auf, würde der jetzt dort befindliche Bolzplatz fast halbiert werden. Neben dem Ärger über die nicht rechtzeitig erfolgte Beteiligung des JHA stößt vor allem die Absicht auf Unverständnis, die von den Kindern so dringend benötigte Bewegungsfläche als verzichtbar hinzustellen. Denn: Es ist ziemlich egal, in welches Konzept, in welcher Partei Wahlprogramm ich schaue – alle haben erkannt, dass die Heranwachsenden für eine gute körperliche und geistige Entwicklung solche Bewegungsmöglichkeiten brauchen. Und alle haben versprochen, solche Angebote nicht zu reduzieren, sondern weiter auszubauen. Ich frage mich, was die betroffenen Kinder und ihre Familien von uns halten würden, wenn ihnen der Bezirk eine solche Planung präsentierte. Aber dazu wird es der JHA nicht kommen lassen, da bin ich zuversichtlich.

Susanne Fünfstück

Gelesen im Beschluss des 3. Landesparteitages der Berliner LINKEN:

Für gute Arbeit guten Lohn!

... und wieviel Euro sind das?

»Bei mir ist am Ende des Geldes noch immer 'ne Menge Monat übrig«. Diese Kabarettnummer ist im reichsten Land Europas bedrückender Alltag für viele Menschen. Für allzu viele – für Hartz-IV-Empfänger, für fast eine Million Leiharbeiter, für ein wachsendes Heer von Zeitarbeitern. Sie alle haben keinen guten Lohn. Aber was wäre denn guter Lohn? Und was ist gute Arbeit?

Über Arbeit und Lohn lässt sich trefflich debattieren. Sicher ist wohl – Herr Ackermann, Chef der Deutschen Bank, hat da eine andere Sicht als etwa Herr Krause, sagen wir mal, Busfahrer bei der BVG. Gute Arbeit lässt sich vielleicht eher beschreiben, wenn man ihren Gegensatz nennt.

Was also ist keine gute Arbeit?

- ▶ eine Beschäftigung ohne gesetzliche Kranken- und Rentenversicherung
- ▶ eine Tätigkeit als Leiharbeiter
- ▶ eine erzwungene Teilzeitarbeit
- ▶ ein so genannter Ein-Euro-Job
- ▶ eine Vollzeitarbeit, die das Existenzminimum nicht sichert.

Von diesen Beschäftigungen gibt es hierzulande eine unanständige Menge! Das so eifrig gerühmte deutsche Jobwunder kam zustande, weil vor allem solche Arbeitsverhältnisse zugenommen haben. Ja, es ist auch gute Arbeit neu hinzugekommen. Aber wir haben heute 20 Prozent weniger Vollzeit Arbeitsplätze als zu Beginn der 90er Jahre. Stattdessen massenhaft diese prekären Arbeitsverhältnisse. Die müssen weg! Das und einiges mehr will die Berliner LINKE.

Auch das gehört zur guten Arbeit

- ▶ ein leistungsfähiger öffentlicher Dienst, der attraktiv ist für die Beschäftigten
- ▶ gemeinsame Tarifstandards in Berlin und Brandenburg, damit Abwanderung eingeschränkt wird



- ▶ der öffentlich geförderte Beschäftigungssektor (ÖBS), der vielen Langzeiterwerbslosen Arbeit zum Tariflohn, wenigstens aber Mindestlohn sichert, muss weiter geführt werden.
- ▶ es geht nicht zuletzt um Ausbildungsplätze für alle, die eine Ausbildung machen wollen.

Was ist guter Lohn?

Für Erwerbstätige ist Lohn Entgelt für geleistete Arbeit. Arbeitszeit ist der Teil ihrer Lebenszeit, mit der sie sich und ihrer Familie den Lebensunterhalt sichern. Das muss guter Lohn gewährleisten. Davon muss man die grundlegenden Lebensbedürfnisse bezahlen können! Das bedeutet nicht nur Butter und Brot. Dazu gehören Wohnung und Kleidung, Gesundheitsfürsorge, Alterssicherung, nicht zuletzt Bildung und Kultur, also Teilnahme am gesellschaftlichen Leben. Das alles ist in dieser kapitaldominierten Gesellschaft nicht zu haben ohne Bares.

Warum vielen »der Monat zu lang« wird

Unser Land hat immer noch drei Millionen Erwerbslose. In Ostdeutschland liegt die Arbeitslosenquote doppelt so hoch wie in den alten Bundesländern. In der BRD wachsen 20 Prozent aller Kinder bis zu drei Jahren in Hartz-IV-Haushalten auf, das sind 400.000 kleine Mädchen und Jungen. Diese Durchschnittszahl verdeckt etwas: Im Westen sind es 17 Prozent der Kinder, im Osten fast 30 Prozent. Der Osten ist zum größten Nie-

driglohngelände Europas heruntergedrückt worden. Berlin ist einsame Spitze im Vergleich aller Bundesländer. Hier leben über 36 Prozent der Kinder unter drei Jahren in Hartz-IV-Familien.

Deshalb kämpft DIE LINKE für den gesetzlichen Mindestlohn. Der SPD-LINKE-Senat hatte seinerzeit beschlossen, öffentliche Aufträge nur an Firmen zu vergeben, die einen garantierten Mindestlohn von 8,50 Euro zahlen. Das darf nicht zurückgedreht werden! Aber diese Berliner Orientierung kann nur der erste Schritt sein zu einem bundesweit geltenden gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro.

Heinz Grote

Guter Rat für Bürger!

Sozial- und Mieterberatung

der Linksfraktion in der BVV und des Bezirksvorstandes der Partei DIE LINKE.

mit Rechtsanwalt André Roesener:

- An jedem ersten Mittwoch des Monats von 17 bis 19 Uhr im Nachbarschaftszentrum »Bürger für Bürger« der Volkssolidarität, Brunnenstr. 145, 10115 Berlin.

Termine im Linkstreff, Malplaquetstr. 12, 13347 Berlin, Tel.: 28705751

- Jeden Mittwoch im Monat: kostenlose Beratung zu **Hartz IV/Schuldnerfragen** sowie **Wohnung/Miete** durch die Rechtsanwälte Karl Schwarz, Michael Groß und Herbert Butter von 17 bis 19 Uhr (keine Anmeldung erforderlich)

DIE LINKE – BVV-Fraktion Berlin-Mitte

Die Sprechzeiten im Fraktionsbüro finden Dienstag von 17.00–18.00 Uhr und am 3. Mittwoch von 10.00–11.30 Uhr, im Rathaus Mitte, Karl-Marx-Allee 31, 10178 Berlin, Raum 114 statt. Telefon: 9 01 82 45 65

Menschen in Mitte

Horst Schmiele – Mensch sein für notleidende Menschen

Horst Schmiele arbeitet jede Woche bestimmt bis zu 65 Stunden und mehr – leitet, plant, organisiert, prüft, verhandelt, rechnet, sucht Verbündete, und das alles für bedürftige Mitbürger. Der gebürtige Weddinger ist der ehrenamtliche Geschäftsführer und Projektleiter von »Menschen helfen Menschen in und um Berlin e.V.«, einem als mildtätig anerkannten Verein, von dem Leute, die unter der Armutsgrenze leben, Essen und Dinge des täglichen Bedarfs bekommen.

»Im November 2004 errichteten wir vor dem Haus in der Koloniestraße 120, in dem wir bisher unseren Hauptsitz hatten, unsere erste mobile Ausgabestelle«, erinnert sich der gelernte Kaufmann. »Unsere damalige Selbsthilfegruppe im Soldiner Kiez bestand aus acht Mitgliedern.« Sie alle waren arbeitslos geworden und wollten aber nützlich sein. »Bald waren wir auch ständig an der Falkenberger Chaussee in Hohenschönhausen, auf dem Franz-Neumann-Platz in Reinickendorf und im Obdachlosenheim am Marzahner Blumberger Damm. Innerhalb weniger Wochen vervielfachte sich die Zahl der Menschen, die zu uns strömten, um die vorbereiteten Tüten voller Obst und Gemüse, Backwaren, Wurst, Käse aber auch Waschmittel oder Tempotaschentücher für einen Obolus von je 1,50 Euro zu empfangen«. Heute versorgen

die rund 40 Mitstreiter – ehrenamtliche Vereinsmitglieder und von den Jobcentern vermittelte Einsatzkräfte – monatlich mehr als 2000 Berliner Familien allein mit 28 Tonnen Lebensmitteln. An jedem Wochentag 7.30 Uhr starten vier große Transporter, darunter ein Kühlwagen, zu Supermärkten, Backshops, zu insgesamt 50 Läden, um nicht mehr ganz frische, abgeschriebene Waren abzuholen. »In den Mittagsstunden sortieren und verpacken wir alles in Tüten, um dann die vier Verteilungsstellen zu beliefern.« Die Bedürftigen weisen sich mit ihren aktuellen ALG II-, Hartz IV-, Sozialgeld- oder Rentenbescheiden aus.

Großzügige Unterstützung von Sponsoren und Spendern

Zu den wichtigsten Aufgaben des engagierten Geschäftsführers gehört der Kontakt zu den Sponsoren und Spendern, darunter viele namhafte Unternehmen. So stellt die Wohnungsbaugesellschaft degewo Räume mietfrei zur Verfügung. Herlitz hat in den vergangenen sieben Jahren rund 3000 Schulanfängern aus einkommensschwachen Familien Schultüten und Ranzen geschenkt. Der Kfz-Meisterbetrieb »Franks Garage« berechnet bei Reparaturen nur die Ersatzteile. Seinen 60. Geburtstag will Horst Schmiele im Juni ganz besonders begehen: Dann soll der Umzug in Räumlichkeiten des ehemaligen



Foto: M. Herold

Horst Schmiele – Mensch hilft Menschen

Wochenmarktes Wollankstraße vollzogen sein. »Dafür suche ich jetzt Wohltäter, die uns mit Baumaterial und Spenden unter die Arme greifen«, kündigt er an. Kontakt per Telefon: 0176 627 324 27. »Am meisten ärgert es mich, dass das verdammte Geld die Voraussetzung für alles ist«. Er und seine Mitstreiter arbeiten hingegen jeden Tag für Menschen ehrenamtlich. »Für mich ist das wichtig auch für die Seele«, erklärt er fast etwas gerührt. Ein Mensch für die Menschen. Glückwunsch zum Ehrenamtspreis 2011 von Berlin-Mitte! Mehr: www.mhm-berlin.de

Matthias Herold

Meldungen aus Mitte

► Fahrpreise im Aufwind?

Fahrpreise im Aufwind? In Berlin und Brandenburg sollen Fahrpreise bei Bund und Bahn um durchschnittlich drei Prozent teurer werden. Das plant der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) zum 1. August 2012. Berlins AB-Fahrschein könnte dann um zehn Cent auf 2,40 Euro klettern, ist zu hören (Das wären allerdings 4,4 Prozent mehr). Offiziell ist dies jedoch noch nicht bestätigt worden.

► Respekt vor DDR-Erbe

Die Pläne von ThyssenKrupp, die Firmenrepräsentanz vor dem früheren Staatsratsgebäude der DDR zu errichten, hat Berlins Kulturstaatssekretär André Schmitz zurückgewiesen. Der als »Glaswürfel« vorgese-

hene Bau würde den Blick auf das Gebäude am Schlossplatz verstellen. »Aus Respekt vor dem DDR-Erbe sollten wir das Gebäude als freistehenden Baukörper erhalten,« sagte Schmitz.

► Städtischer Wohnungsbestand soll wachsen

Berlin verfügt über 270.000 landeseigene Wohnungen. Durch Neubau und Zukauf sollen es 300.000 werden. So Michael Müller (SPD), Senator für Stadtentwicklung und Umwelt. Zusammen mit den Wohnungen der Genossenschaften, die ebenfalls einer sozialen Mietpreispolitik unterliegen, könnte die Stadt damit Einfluss nehmen auf die allgemeine Entwicklung der Wohnungsmieten. Außerdem dürfen 85.000 Wohnungen im Ostteil der Stadt ab 1. Mai des Jahres nur noch an sozial schwache

Mieter vergeben werden (Belegungsbindung). Senator Müller meint, Menschen, die sich in ihrem Kiez pudelwohl fühlen, sollen nicht wegziehen müssen.

► Linden fallen für die U-Bahn

Die ersten Bäume sind Unter den Linden gefällt worden. 54 (von insgesamt 304 Linden) werden es am Ende sein. Sie müssen Platz machen für die U-Bahnlinie 5 vom Alexandersplatz über Brandenburger Tor und Bundestag zum Hauptbahnhof. Hier wird sie zwischen Charlotten- und Glinkestraße mit der Linie U 6 (Marienfelde - Tegel) einen Kreuzungsbahnhof bekommen. Die BVG hat den Wert der Bäume durch Sachverständige schätzen lassen. Dem Bezirk Mitte wurden danach laut Stadtrat Spallek (CDU) 118.000 Euro für die spätere Wiederanpflanzung der Bäume überwiesen.



Bahnhof Gesundbrunnen: Komfort – vielleicht in der Zukunft

Eigentlich sollte schon im letzten Herbst Baubeginn sein. Aber die Planungen für das Empfangsgebäude des Bahnhofs Gesundbrunnen haben sich weiter verzögert: Baustart wird erst Ende des ersten Halbjahres 2012 sein, erklärte Karl-Heinz Mitzen, Projektleiter der Bahn-Tochter DB Station&Service.

Es zieht und es ist bitter kalt auf den Bahnsteigen des Bahnhofs Gesundbrunnen. Denn wer vom Regionalzug in die S-Bahn wechseln will, muss auch im Winter über den grauen und zugigen Vorplatz laufen. Und das

schon seit 2006, als dieser Bahnhof eröffnet wurde. Beheizte Wartebereiche sucht man vergebens. Ebenso wenig gibt es wettergeschützte Serviceeinrichtungen. Tickets erhält man bisher nur an einem Kiosk in der Mitte des Platzes. Der Bahnhof Gesundbrunnen ist derzeit der einzige ICE-Bahnhof im gesamten DB-Netz, der kein Empfangsgebäude hat. Obwohl täglich über 100.000 Menschen an diesem Bahnhof um-, ein- und aussteigen.

Planungen ohne Ende ?

In den letzten 15 Jahren gab es über zwanzig

Konzepte zur Planung. Die Baugenehmigung vom Eisenbahnbundesamt liegt seit elf Jahren vor. Die ersten Pläne sahen vor, dass private Investoren ein Gebäude mit zwei sechsgeschossigen Bürotürmen errichten sollten. Die Bahn wollte sich dann dort einmieten. Später, als sich wegen des benachbarten Gesundbrunnencenters nicht genügend Mieter fanden, wurde eine nur noch zweistöckige Bauplanung hinterher geschoben. Aber auch die zweite marktnahe und profitträchtige Variante schlug fehl, weil sich nicht genügend zahlungskräftige Ladenmieter fanden. Für das jetzt geplante, sieben Millionen Euro teure Eingangsgebäude wurde die Baugenehmigung vom Land Berlin im Mai 2011 erteilt. Die Eröffnung wird frühestens im Spätsommer 2013 sein.

Dachkonstruktion mit Photovoltaikanlage

Immerhin: Auf dem rund 6.000 Quadratmeter großen Flachdach des Bahnhofs soll Berlins größte innerstädtische Photovoltaik-Anlage entstehen. Sonnenstrahlen werden in Energie umgewandelt und erzeugen Strom, mit dem rund 80 Vierpersonenhaushalte versorgt werden könnten. Durch die Nutzung der Anlage in Gesundbrunnen wird der Kohlendioxid-Ausstoß pro Jahr um 240 Tonnen gesenkt werden. Die Ausschreibung für die Photovoltaik-Anlage hatte Ende 2011 begonnen.

Rainer Scholz

Bei anderen gelesen

► Neue Pläne für das Rathausforum

Der Senat will das Rathausforum bebauen. Der unbebaute Raum rund um den Neptunbrunnen hat keine Zukunft mehr, die Freifläche wird dicht gemacht. Für das große Areal zwischen rotem Rathaus und Marienkirche, Fernsehturm und Spree ist eine Umgestaltung der Freifläche hin zu einer Bebauung geplant. Der Neptunbrunnen könnte dem im Wege stehen. »taz«, 14.02.2012

► Die historischen Gaslaternen – duster, aber schön

Sie sind leuchtende Beispiele für die Geschichte Berlins, geben aber nicht allzuviel Licht ab. Sie blenden nicht und sorgen für schöne Stimmung. Der Senat will die rund 40 000 Gasleuchten aus Kostengründen durch elektrisch betriebene ersetzen. Berlin besitzt europaweit das größte zusammenhängende gasbeleuchtete Gebiet mit unterschiedlichen Lampenformen, die ebenso zum Stadtbild gehören wie die Architektur. Freunde der hiesigen Gasleuchten appellieren an den Senat, die Gaslaternen zu erhalten. »Neues Deutschland«, 4./5.02.2012

► Verkauf des Berliner Tafelsilbers

Das Land verkauft landeseigenes Bauland für den Wohnungsbau und Objekte in attraktiver Lage mitten in der City: das Bauland am Humboldthafen liegt in der Invalidenstraße gegenüber dem Hamburger Bahnhof, Wohnen am Petriplatz: das Grundstück in der Gertraudenstraße gilt neben dem Nikolaiviertel als Wiege Berlins, Fünf Baufelder in der Otto-Braun-Straße, wo das Haus der Statistik noch steht, für den Bau von 400 Wohnungen. »Der Tagesspiegel«, 18.02.2012

► Verfassungsschutz überflüssig oder gefährlich

Wenn der Verfassungsschutz nichts gewusst hat von den rechtsextremen Mördern, ist er überflüssig, wenn er es geahnt hat, aber nichts getan, dann ist er gefährlich.

»Süddeutsche Zeitung« Heribert Prantl – bei »Günther Jauch ARD«, 29.01.2012 »Disput«, Februar 2012-02-19

► Widerstand soll kriminalisiert werden

Blick in Partei und Medien: Der Spiegel veröffentlichte einen Beleg dafür, in welchem Umfang der Verfassungsschutz Die Linke bespitzelt. Im Visier der Ermittler

sind nicht einige radikale Umstürzler, nicht einige wenige Maoisten oder Trotzlisten – mittlerweile steht die gesamte Führung der Linkspartei offenbar unter Generalverdacht, unsere Demokratie abschaffen zu wollen.

Frank Capellan »Hauptstadtstudie Deutschlandfunk«, 23.01.2012

Der Verfassungsschutz hat offensichtlich ein Händchen dafür, sich selbst zu schaden, setzt sich unnötig dem Vorwurf aus, er ermittle nicht aus Sorge um das Grundgesetz, sondern eher aus parteipolitischen Motiven heraus. Damit erreicht er das Gegenteil, schadet sich und seinem Auftrag und gibt der Linkspartei einen neuen Grund zum Zusammenhalt.

»Financial Times«, 24.01.2012

Im Fall der Linkspartei ist das Lichtlein Heinz Fromm, der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Er hat geschafft, worum sich Gregor Gysi und Oskar Lafontaine und andere seit Monaten vergeblich mühten: Fromm eint die Linke wie lange nicht mehr.

»Mitteldeutsche Zeitung«, Bernhard Honnigfort, 25.01.2012 »Disput«, Februar 2012

Spazieren in Mitte bei Tempo 10

Irene Runges Spaziergang

Seitdem ich in Mitte, nicht mehr im Prenzlauer Berg wohne, habe ich kein Auto. Seit 12 Jahren gehe, spaziere, schlendere, laufe, warte, haste ich durch die Mitte der Mitte. Oder ich stehe auf der Straße und lasse Autos an mir vorbeifahren. Die haben es immer eilig.

Hoch oben an den unsichtbaren Toren, an den ampelbewehrten und schilderreichen Zufahrtswegen zur Spandauer Vorstadt, wird seit geraumer Zeit sehr grau auf Tempo 10 verwiesen. Hätte ich nicht zufällig im letzten Sommer einen Autofahrer erlebt, der wegen etwas mehr Geschwindigkeit von mehreren Polizisten in ein unangenehmes Gespräch verwickelt wurde, mir wäre das graue Tempolimit wie den anderen schlicht entgangen. Kein Auto zu haben ist in meiner Gegend der größte Segen. Mit dem alten Trabbi hätte ich hier nicht nur beim Parken, sondern auch beim Fahren ein Problem. Der war nicht für Tempo 10 gemacht. Hat die alte Obrigkeit sowas je einem Wohngebiet verordnet? Und wenn, da hätte ich widerstanden. Heute ist Widerstand unaufwendig. In der Kältezeit des Januars lehnte der Taxifahrer ab, sich dem binnenregionalen Fahrgebot 10 zu beugen. Sein Auto könne, er wolle das nicht. Und er war nicht der einzige, der die Festlegung Fußgängern wie mir in die Schuhe schieben will. Gilt Tempo 10 auch für Fahrräder und Skateboards? Wo kein Kläger, da kein Richter, urteilt weise das deutsche Sprichwort. Dem Autofahrer kann nur recht sein,



Achtung Radfahrer! Vorsicht vorm „geblitzt“ werden!

wenn er im Schilderwald die mahnende graue 10 übersieht, innerhalb der Zone taucht sie nicht wieder auf. Die einmalige Polizeischwemme an jenem Sonntag im vergangenen Sommer hat sich auch nicht wiederholt, müde schleppt sich der abgespeckte Ordnungsdienst durch historisch genannte Straßen und steckt gemächlich Bußgeldzettel unter Scheibenwischer, aber kaum je in der Nacht oder an Feiertagen. Wie früher richtet sich das Autofahren auch weiterhin fast ungestört nach eigenem Ermessen.

Tempo 10 ist heute die Marke aus stadtpolitischer Vorzeit. Aktuelle Bezirkspolitiker interessiert der alte Schwachsinn immer erst beim nächsten Wahlkampf. So war es auch mit den teuren Steinpollern, die einst mittige Ecken begrenzen sollten. Es sei denn, Europa gibt auch der Berliner Mitte ganz andere Geschwindigkeiten vor.

Gewerkschaften haben Macht

Gewerkschaft vertritt auch Rechte der Studenten

Dieser Satz kam wohl vielen Berlinern wieder ins Gedächtnis als U-Bahn, Tram und Bus aufgrund der BVG-Bestreikung durch ver.di (Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft) am 8.2.2012 stillstanden. Aber Gewerkschaften können nicht nur streiken – sie und ihre Mitglieder setzen sich für die Rechte in der Arbeitswelt stehender junger Menschen ein.

So sind junge Gewerkschaftler als Vertreter in der Jugend- und Auszubildendenvertretung (JAV), einer Art Jugendbetriebsrat, tätig und engagieren sich dort für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen oder prüfen Tarifverträge auf ihre Richtigkeit. Zusätzlich ist die JAV aber auch Anlaufstelle für junge Arbeitnehmer, die Probleme mit ihren Vorgesetzten haben

und kompetente Beratung suchen. Ähnliche Angebote gibt es ebenso für noch nicht im Arbeitsleben Stehende oder während des Studiums jobbende junge Menschen. Beispielsweise bietet der DGB (Deutscher Gewerkschaftsbund) seit einiger Zeit arbeits- und sozialrechtliche Beratung in den so genannten Campus-Offices an. In Berlin existieren solche Offices an der TU und an der Humboldt-Universität. Zuletzt bieten der DGB und seine Mitgliedschaften ein vielfältiges Bildungsprogramm an, welches von Gewerkschaftsmitgliedern kostenlos in Anspruch genommen werden kann. Wer nicht nur Beratung in Anspruch nehmen, sondern auch selbst aktiv werden möchte, kann sich als junger Arbeitnehmer in den Jugendorganisationen

oder als Student in den Studentenorganisationen der Gewerkschaften engagieren. In Zeiten von grassierender Azubi-Ausbeutung und unbezahlter Hilfsstellen ist ein solches Eintreten für seine Rechte besonders wichtig, denn: Nur wer sich wehrt, kann am Ende Änderungen erreichen!

Louis Berger

Schulungskurs 1

Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

BO 378 DIE LINKE Berlin Mitte
Vom Kommunistischen Manifest zur
Vaterlandsverteidigung 1848–1914

24.3.2012 KIZ KL-Huas 10 bis 16 Uhr

»Die Welt und das Kommunistische Manifest – Entstehung, Einflüsse und historische Wirkung«

Referent: Prof. Dr. Wolfgang Eichhorn

Keine gute Arbeit für Berlin

Etwas mehr als 100 Tage ist der neue Rot-Schwarze Senat nun im Amt. Und mehr und mehr macht es den Anschein, dass die SPD alles tut, damit die CDU sie besonders gern hat.

So wurde nach der Wahl schnell umgesetzt, was man vor der Wahl verkündet hatte: der von der LINKEN eingeführte Öffentlich-Geförderte Beschäftigungssektor (ÖBS) wurde abgeschafft. Doch mussten auch die Koalitionäre von SPD und CDU feststellen, dass Berlin die Arbeit, die dort geleistet wird, dringend braucht. So soll es nun also – laut Arbeitssenatorin Dilek Kolat – eine neue Form des ÖBS geben: die von der Schwarz-Gelben

Bundesregierung eingeführte Bürgerarbeit! Verwundern darf es, dass die SPD dies mitträgt. Bei der Bürgerarbeit wird nämlich weder ein Mindestlohn gezahlt – für den die SPD im Bund sich ja in den vergangenen Jahren immer stark gemacht hat! – Und unabhängig von der Arbeitsagentur werden diejenigen, die in der Bürgerarbeit tätig sind, auch nicht. Da die Arbeit nur 30 Stunden umfasst, müssen die Beschäftigten mit Hartz IV aufstocken. Ein selbstständiges Leben wird nicht möglich.

Dass sich die CDU nicht für den Mindestlohn interessiert, verwundert hierbei nicht weiter. Dass aber die SPD im Senat gegen die Position der Bundes-SPD agiert, die

den Mindestlohn dringend einführen will, ist schon merkwürdig. Dazu passt das Verhalten im Bundesrat. Dort hat der Senat vor einigen Wochen nicht für die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns gestimmt. Dass das nicht an Regierungskonstellation »Große Koalition« liegt, hat Mecklenburg-Vorpommern bewiesen: diese Schwarz-Rote Koalition stimmte dem Antrag zu. Und auch bei der Abstimmung um den Spitzensteuersatz kam die Berliner SPD der CDU entgegen: der Erhöhung des Spitzensteuersatzes – von der Bundespartei dringend gefordert – stimmte die Berliner Regierung ebenfalls nicht zu!

Es bewahrheitet sich, was befürchtet wurde. DIE LINKE als soziales Korrektiv fehlt im Senat dringend. Und das schon nach 100 Tagen.

Carola Bluhm

1.000 Schulen ohne Rassismus – Schule mit Courage

Am 14.01.2012 ist mit dem Domgymnasium Naumburg in Sachsen-Anhalt die tausendste Schule dem Netzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ (SOR-SMC) beigetreten. Damit besuchen bundesweit rund 750.000 Schülerinnen und Schüler eine Schule, die sich verpflichtet hat, durch Förderung von Zivilcourage aktiv gegen Rassismus, Diskriminierung sowie Mobbing vorzugehen. Das Netzwerk wurde 1995 von »Aktion Courage e.V.« als Reaktion auf die rassistischen Morde in Mölln, Solingen und andernorts gegründet. Es sollte SchülerInnen die Möglichkeit und die Unterstützung bieten, sich in ihrem Lebensumfeld aktiv gegen Fremdenhass, Rechtsextremismus und Rassismus einzusetzen.

Die Idee von »Schule ohne Rassismus« wurde 1988 von SchülerInnen und JugendarbeiterInnen in Belgien entwickelt. Sie wollten auf diese Weise aktiv gegen Diskriminierung und Rassismus eintreten. Das Projekt war so erfolgreich, dass es 1992 als »School Zonder Racisme« in den Niederlanden eingeführt wurde. 1995 führte der Verein AktionCourage e.V. das Projekt, in Deutschland ein. Von hier aus sprang die Idee zuerst nach Österreich über und danach nach Spanien. Seit Anfang 2000 ist Sanem Kleff als Vorstandsmitglied bei AktionCourage e.V.

Leiterin des Bundesprojektes. Die Erweiterung des Titels in »Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage« soll die gesamte Bandbreite der Diskriminierungen, die es zu überwinden gilt, verdeutlichen und die aktive Rolle der Beteiligten stärker hervorheben.

Die SchülerInnen müssen selbst entscheiden, in welcher Weise sie die formale Voraussetzung zur Teilnahme am Projekt SOR-SMC erfüllen, nämlich die Unterschrift von mindestens 70 Prozent aller direkten Angehörigen ihrer Schule (SchülerInnen, LehrerInnen, SozialpädagogenInnen, SekretärInnen, Hausmeister, etc.) zu sammeln. Durch die Diskussion über Rassismus, Gewalt und Diskriminierung in der Schule fühlen sich SchülerInnen, LehrerInnen, SekretärInnen und Hausmeister in der Verantwortung. Gemeinsame Regeln für den Umgang miteinander werden diskutiert und tagtäglich gelebt.

In Berlin sind 47 Schulen mit dabei, u.a. Robert-Blum-Oberschule und Menzel-Oberschule.

Am 28. April 2012 wird das Projekt in Stuttgart mit der Theodor Heuss Medaille 2012 »Bildung – Teilhabe – lebendige Demokratie« ausgezeichnet.

Weitere Informationen:

<http://www.schule-ohne-rassismus.org>

Kadriye Karchi

Politische Bildung

07. März, 19 Uhr

Helle Panke, Kopenhagener Straße 9
Geschmierte Republik oder direkte Demokratie
mit Mathew D. Rose (Autor) und Anne Dänner (Mehr Demokratie e.V.)

14. März, 19 Uhr

Max-Lingner-Haus, Straße 201/2, 13156 Berlin

Mit beiden Augen – Oder: Die Weltsicht des Feuilletonisten Heinz Knobloch

15. März, 19.30 Uhr

Karl-Liebknecht-Haus,
»Wir konsumieren uns zu Tode«
Buchlesung zum Weltverbrauchertag mit Heike Holdinghausen (taz Verlag)

26. März, 18 Uhr

Karl-Liebknecht-Haus,
»gedrucktes«
Gesine Löttsch u. Christoph Butterwege
»Armut in einem reichen Land – Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird«

Das ist das Letzte

Die übrig gebliebenen Linden unter den Linden wundern sich – gelinde gesagt – über ihre Einsamkeit. Gerade jetzt, wo die Linden Lüfte erwachen und der Lindwurm des Tourismus auf der Linden-Promenade den Schatzen der Linden suchen wird. Aber in Berlin regiert die Kettensäge Arm in Arm mit Baggen und Pressluftschlämmern. Die Wunden in der Mitte sind schmerzhaft. Der Lustgarten wurde gelichtet. Der Tunnel im Tiergarten fraß Bäume. Der Spielplatz am Werderschen Markt wurde mit Stadtvillen gepflastert. Am Spreeufer mussten Weiden weichen. Am Landwehrkanal hatten sich Baumfreunde noch angekettet. In Stuttgart haben 1.000 Naturfreunde die letzte Schlacht gegen die Kettensägen verloren. In Berlin gibt es kaum Gaffer. Unter den Linden verkehren nur Fremde. Die werden am Hauptbahnhof richtig eingestimmt auf die Steinwüste mit Gewächshaus-Architektur. Hier wird immer wieder von der Verbesserung der städtischen Umwelt geschwärmt. Mehr Grün und bessere Luft in die Kieze! Es lebe der »Luftreinhaltungsplan«! Doch überall sterben die Bäume. Weil zugereiste Stadtplaner vom Straßenbild der Kaiserzeit träumen. Weil furcht- oder gewissenlose Verkehrsplaner die Stadtautobahn verlängern und das U-Bahnnetz um die kürzeste und teuerste Strecke vom Kanzleramt zum Rathaus ergänzen wollen. Wer nimmt diesen Leuten die Kettensägen aus der Hand? Wer jagt sie zur Ortsbegehung und Diskussion mit den Anwohnern?

Aber nachdem sich die Kraken aus Bonn in Berlin festsaugen, mussten auch die Bäume am Stadion der Chausseestraße der gewaltigen Trutzburg des Bundesnachrichtendienstes weichen. Berlin wird ungemütlich! Das Kampfziel scheint ein Berlin ohne Berliner zu sein. Die meckern zu viel. Wozu sich der Autor bekennt, denn er war Zimmermann und spricht alle Bäume, die das überleben, respektvoll mit »Sie« an.

Arthur Paul

Impressum:

Bezirksvorstand Berlin-Mitte der Partei DIE LINKE
Geschäftsstelle: Kleine Alexanderstr. 28
 10178 Berlin, Telefon 24 009 336/204, Fax: 24 009 337
E-Mail-Adresse: info@die-linke-berlin-mitte.de
Internet: www.die-linke-berlin-mitte.de
V.i.S.d.P.: Thilo Urchs
Satz + Druck: Druckerei Bunter Hund, Berlin
 Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Eine Parallelität zwischen grammatischem und natürlichem Geschlecht (Genus und Sexus) besteht nicht. Bezeichnungen mit der Endung -innen werden deshalb nur verwendet, wenn ausschließlich von weiblichen Personen die Rede ist.
Redaktionsschluss: 24.02.2012
Ausgabetermin für Nr. 04/2012 – 04.04.2012



Auch 2012 – DIE LINKE. Berlin-Mitte zeigt Flagge gegen Nazis

Dresden bleibt nazifrei Die ursprünglich geplante Blockade gegen den jährlichen Neonazi-Aufmarsch vor dem Hintergrund der Bombenangriffe auf Dresden am 13. Februar 1945, entwickelte sich zu einer friedlichen Großdemonstration.

Was in Städten wie Jena und Weimar funktioniert, gelang den sächsischen Behörden jahrelang nicht: Mit juristischen Mitteln die braunen Aufmärsche in der Elbemetropole zu verhindern. In Teilen der Bevölkerung herrschte die Auffassung vor, dass man Naziaufmärsche nur lange genug ignorieren müsse, um Faschisten zum Aufgeben zu bewegen. Über die Zeit entwickelte sich Dresden fast unbeachtet zum größten europäischen Wallfahrtsort für Neonazis. 2009 schließlich folgten über 7.000 Rechtsradikale dem Aufruf zum »nationalen« Aufmarsch. Das Maß war voll. In einem großen Bündnis aus Parteien, Gewerkschaften, Hochschulgruppen und anderen gesellschaftlichen Gruppierungen sollten von nun an die alljährlichen Aufmärsche der Rechtsradikalen blockiert werden. In den Jahren 2010 und 2011 gelang es weit über 20.000 Gegendemonstranten mit gezielten Blockaden, die Neonazis bei minus 15 Grad an ihren Aufmärschen zu hindern und einzukesseln. Doch unser Erfolg hat auch einen

bitteren Beigeschmack. Auf einen Strafantrag der rechtsextremistischen NPD gegen die Linken-Abgeordneten Caren Lay und Michael Leutert hin hat der Immunitätsausschuss des Bundestages mit den Stimmen der CDU, FDP und auch SPD die Immunität der Linken-Abgeordneten aufgehoben. Vor dem Hintergrund der rassistischen Mordserie durch Nazi-Terroristen hatten alle Fraktionen des Deutschen Bundestags gemeinsam erklärt: »Rechtsextremistischen Gruppen und ihrem Umfeld muss der gesellschaftliche und finanzielle Boden entzogen werden.« Diese Erklärung darf keine Sonntagsrede bleiben. Auch im Jahr 2012 blieb Dresden nazifrei.

Tom Erdmann

Wir gratulieren im Januar zum Geburtstag!

- Zum 89. zum 87.** Edith Barow-Bernstorff
Hein Grote,
Gertraud Rädler
- zum 85. zum 84.** Vera Singer
Hans-Heinrich Angermüller,
Victor Grossman,
Helmut Hauptmann,
Sonja Jahnel
- zum 83.** Günter Böhle,
Edith Immig,
Harald Kehr,
Dieter Langhoff,
Ingeborg Langner,
Marianne Muderack,
Ilse Pargmann
- zum 82.** Lore Baumann,
Anneliese Kolin
- zum 81.** Rolf Gapp,
Karl-Heinz Neubauer
- zum 80.** Georg-Dietrich Breden,
Gisela Meier
- zum 75.** Eberhard Ugowski,
Jürgen Zenker

DIE LINKE. Berlin-Mitte im Internet !

► www.dielinke-berlin-mitte.de
 Aktuelle Informationen des Bezirksverbandes DIE LINKE in Berlin-Mitte sowie die »Mittendrin« zum Herunterladen.

DIE LINKE. BVV-Fraktion Berlin-Mitte im Internet !

► www.linksfraktion-berlin-mitte.de
 ► Bezirksverband Mitte – Facebook
 Die Aktivitäten der Fraktion DIE LINKE in der BVV Mitte – immer auf dem neusten Stand.